



www.fu-sh.de

HEXENBLATT 3/2008

1. Dezember 2008

Editorial

Liebe FU-Frauen,
liebe Freunde der Frauen Union,

In dieser Ausgabe des Hexenblattes kommen zunächst unsere Mentees zu Wort, die über ihr Seminar in Berlin und ihre Erfahrungen seit der Kommunalwahl berichten. Die Beiträge zeigen, wie systematische Fortbildung politikinteressierter Frauen zu Erfolg und zugleich Zufriedenheit und Freude führt. Das Projekt ist ein großer Erfolg für die Frauen selbst und für die Frauen Union, die es konsequent und umfassend betreibt. Der Verlauf in Schleswig-Holstein wird bundesweit als beispielhaft angesehen, und dies macht Mut, das Programm im nächsten Jahr fortzusetzen.

Frauenpolitisch befinden wir uns inmitten illustrier Gedenktage: **Vor 150 Jahren** wurde erstmals die volle Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit gewährt – nicht jedoch Frauen; ihnen blieb jegliche politische Betätigung verboten. **Seit 100 Jahren** dürfen Frauen Vereinen beitreten, also auch politischen Parteien. Im Mai 1908 wurde die entgegengesetzte Vorschrift des Preußischen Allgemeinen Landrechts geändert. **Seit 90 Jahren** dürfen Frauen wählen. **Vor 60 Jahren** bedurfte es 50.000 Postkarten empörter Frauen, um während der Beratungen des Parlamentarischen Rats für Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes die Formulierung zu verankern „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ **Vor 50 Jahren** – nach zehn Jahren wiederholter Ermahnungen des Bundesverfassungsgerichts - wurde das

halbherzige Gleichberechtigungsgesetz von 1958, verabschiedet. **Seit 30 Jahren**, der Zeit des Inkrafttretens des Eherechtsreformgesetz von 1977, dürfen Frauen auch ohne Zustimmung des Ehemannes einen Beruf ausüben. **Vor 15 Jahren** (1994) manifestierte sich die Erkenntnis des Deutschen Bundestages, dass zwischen der Feststellung „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ und der Realität immer noch Welten liegen, in der Ergänzung des Grundgesetzes: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen und wirkt auf die Beseitigung von Nachteilen hin.“

Keine Frage, direkte rechtliche Gleichstellung war und ist erreicht, Artikel 3 des Grundgesetzes und viele Gesetze schreiben sie vor. Benachteiligungen gibt es aber immer noch. Heute kommen sie aus politischer Korrektheit subtiler daher.

Damit nichts zu tun hat natürlich das Ergebnis der Wahl zur Europaliste, die für die FU-Kandidatin Karin Brückert wie beim letzten Mal Platz 3 brachte. Die Frauen Union hatte im September nach Beschlussfassung durch den Hauptausschuss dem CDU-Landesvorstand einen schriftlichen Wahlvorschlag gemacht: Platz 1: Reimer Böge, Platz 2: Karin Brückert. Dies schien - auch nach dazu geführten Gesprächen - nur natürlich, nachdem Karin Brückert faktisch nach dem Ausscheiden Christian von Boettichers schon auf Platz 2 stand. Der CDU-Landesvorstand entschied anders und schlug die Reihenfolge Reimer Böge, Niklas Herbst, Karin Brückert vor. So wählte der Parteitag auch. Es hatte zuvor energische Forderungen aus der CDU gegeben, die Kandidatur Karin Brückerts auf Platz 2 zurückzunehmen. Meiner Überzeugung nach wäre

dieses Nachgeben ein falsches Signal gewesen. Wie die Erfahrung gezeigt hat, wird Entgegenkommen der FU als Schwäche gewertet, Standhaftigkeit als Zickigkeit. Wir stehen sozusagen zwischen Scylla und Carybdis. Der FU-Landesvorstand ist in dieser Frage durchaus nicht einer Meinung. Es wird auch die Auffassung vertreten, die Kandidatur der FU habe zurückgenommen werden müssen, nachdem der CDU Landesvorstand Niklas Herbst nominiert hatte.

Das Hexenblatt zusammenzustellen, hat diesmal mehrere Abende mit Unmengen Tee gekostet, denn es ist ungewöhnlich umfangreich. Dank an alle, die mit ihren Beiträgen dabei sind. Auf Bilder wurde diesmal verzichtet – es war einfach zu wenig Platz! Nun, es ist getan, und ich hoffe, wir finden viele interessierte Leser und Leserinnen. Anregungen – vor allem für die eigene politische Arbeit sind reichlich vorhanden.

Ich wünsche Ihnen eine ruhige Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr 2009, das politisch ein hochspannendes sein wird.

Herzlich
Ihre Karin Wiedemann

Maike Höffken

(Kreistagsabgeordnete in Rendsburg-Eckernförde,
Gemeindevertreterin in Steinfeld,
CDU-Amtsverbandsvorsitzende)

Berlin, Berlin, wir waren in Berlin !

**Mentees der Frauen Union
Schleswig-Holstein zu Gast bei der Konrad-
Adenauer-Stiftung**

Diese Überschrift passt wohl eher zu einer Reportage à la „Sommermärchen 2006“ als zu einem Bericht über die Teilnahme an einem Seminar der KAS mit dem eher leidenschaftslos klingenden Titel: „Bundeshauptstadt Berlin - aktuelle Themen der Bundespolitik“. Als Teilnehmerin am Mentoring-Programm der schleswig-holsteinischen FU war ich ja schon einiges an hochkarätigem Programm gewohnt und habe demzufolge mit einer entsprechenden Erwartungshaltung die Reise nach Berlin angetreten. Was uns aus der gesamten Bundesrepublik angereisten Mentees und Mentorinnen (wir waren 23 an der Zahl) vier Tage lang auf Trapp

hielt, hat diese Erwartungen jedoch bei weitem übertroffen.

Bereits direkt nach der Anreise am Mittwoch wurden wir von **Ursula Lietz und Frau Preissler**, die die Tagungsleitung innehatte, eingeführt in ein perfekt durchorganisiertes Programm und herausragenden Referentinnen, die uns ihre reichhaltigen Erfahrungen aus dem politischen Alltag nahe bringen konnten.

Kaum war der Begrüßungskaffee ausgetrunken, „flog“ bereits **Hildegard Müller** in den Tagungsraum ein. Die ehemalige Staatsministerin der Bundeskanzlerin und jetzige Hauptgeschäftsführerin des BDEW (Bund Deutscher Energie- und Wasserwirtschaft) machte gleich sehr anschaulich deutlich, was es heißt als Frau und Mutter Karriere zu machen. Sie berührte mit ihrem Referat gleich einen der wundesten Punkte bei uns Mentees: „Vereinbarkeit von Familie, Beruf und politischem Engagement“.

Nachdem Sie zum nächsten Termin weiter eilen musste, kam auch für uns das nächste „Highlight“: Besuch im Kanzleramt und Gespräch mit Staatsministerin **Frau Prof. Dr. Maria Böhmer, MdB**. Im Anschluss an die Diskussion wurden wir durch das Kanzleramt geführt. Dem ersten interessanten Tag, sollte am Donnerstag ein mindestens genauso interessanter zweiter Tag folgen.

Nachdem wir die Sicherheitskontrolle des Deutschen Bundestages passiert hatten lud uns **Ingrid Fischbach, MdB**, Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU Bundestagsfraktion zum Gespräch über „Christliche Werte in der Politik“ ein.

Gleich im Anschluss kam dann **Ilse Falk, MdB**, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU Bundestagsfraktion) zu uns, und referierte über „die Bundespolitik in der Großen Koalition“.

Nach kurzer Kaffeepause wurde unsere Gruppe anschließend in die Plenarsitzung geführt (Wir konnten die Abstimmung zum Thema Minister Tiefensee verfolgen). Mittlerweile rauchten allen Damen die Köpfe, so dass wir alle die Möglichkeit wahrnahmen, dem Reichstag „aufs Dach“ zu steigen. Nach soviel Politik muss natürlich auch die Muse geküsst werden, so ist ein Ausstellungsbesuch zeitgenössischer Kunst obligatorisch. Nun ja, gut gemeint von der KAS aber ... Wahres Kunstverständnis ließ jedoch die gesamte Gruppe vermissen. Kann ja noch kommen, vielleicht.

Auch der Freitag bot uns ein intensives und spannendes Programm: Besichtigung des Bundesrates;

Führung im Konrad-Adenauer-Haus und Gespräche mit **Frau Hassenbach und Frau Herder**, die über die Arbeit der FU auf Bundes- und Europaebene einiges interessantes berichten konnten; Stadtrundfahrt in Berlin; und (man soll es nicht glauben) drei Stunden zur freien Verfügung.

Endlich Shopping!!!

Wie bereits an den Tagen zuvor, hielt sich am Sonnabend noch der Spannungsbogen mit **Frau Welskop-Deffa** aus dem Ministerium für Familie, Senioren, Frau und Jugend (Leiterin - Gleichstellung). Auch sie bestärkte uns in unserem Engagement und darin, uns von unseren Chancen und Zielen nicht abbringen zu lassen. Auch wenn man als Frau einige Jahre wartend „vor Musikschulen oder Turnhallen“ verbracht habe, sei es niemals zu spät für die Politik.

Den Abschluss bildete dann eine Seminauswertung mit **Frederike Galland**. Mut Energie, Witz und ungeheurer Lebendigkeit gab uns die Rhetorik-Dozentin in Kurzform noch Tipps zur eigenen Präsentation.

Am Ende der Seminauswertung hingen vorne an der Pinnwand Kärtchen auf denen zu lesen war, was wir wohl alle zutiefst empfunden haben:

Dieses Seminar hat uns Teilnehmerinnen MUT, VERTRAUEN IN DIE EIGENE KRAFT, MOTIVATION, ANREGUNG, KONTAKTE, LUST AUF POLITIK u.v.m. gegeben.

Uns sechs Mentees aus Schleswig-Holstein haben diese Tage in Berlin noch enger miteinander verbunden, uns persönlich unglaublich bereichert und es fiel uns schwer in den Alltag zurückzukehren. Ein ganz großes Dankeschön dafür an die Konrad-Adenauer-Stiftung, ganz besonders aber an Frau Lietz, ohne deren Einsatz ein solches Programm sicher nicht zustande gekommen wäre.



Hildegard Mersmann

(Fraktionsvorsitzende der Gemeinde Mönkeberg,
2. stellvertretende Kreispräsidentin Plön)

Politische Erfolge

„Das Mentorenprogramm mit der Vielfalt von Einblicken in verschiedene Tätigkeiten des Berufspolitikers geben mir Mut, Antrieb und Lust weiterzumachen.“

So endeten meine Ausführungen im Hexenblatt vom 19.04.2008 zur Vorstellung und Arbeit im Rahmen des Mentorenprogramms. Ja, liebe Leserinnen und Leser. Wie ging es weiter?

Dieser Antrieb und auch die Lust haben mich beflügelt, bei der Kommunalwahl 2008 im Mai erstmalig in Mönkeberg direkt für die CDU zu kandidieren. Keine einfache Aufgabe, zumal ich als Neubürgerin erst seit einem halben Jahr in dieser Gemeinde wohnhaft war. Ich musste mich bekannt machen und dies möglichst schnell, die Wähler überzeugen, von der CDU und von mir. Zeitgleich kandidierte ich in meinem ehemaligen Wohnort Schönkirchen für den Kreistag. Zur Verständigung: Schönkirchen, Mönkeberg und Heikendorf bilden das Amt Schrevenborn.

In dieser Doppelfunktion hatte ich also zwei Wahlkreise zu betreuen, eine Herausforderung und Aufgabe, die es zu bewältigen galt, die aber auch Spaß machte.

Alle erworbenen politischen Kenntnisse und meine bis dato durch das Mentorenprogramm gewonnenen politischen Erfahrungen, habe ich nun in den Wahlkampf eingebracht. Was stand in den Wochen und Tagen vor der Wahl auf dem Programm?

Gespräche, Veranstaltungen, z. B. im Seniorenheim mit 120 Gästen, „Türklinkenputzen“, Wahlstände, persönliches Verteilen der Flyer, möglichst zu einer Zeit, in der die Anwohner ihre Vorgärten pflegten, bzw. zu Hause weilten, etc.

Der Tag der Wahl war ein aufregender, von Emotionen erfüllter Tag. Meine Familie fieberte mit und mein Mann fuhr frühmorgens durch die Wahlkreise, um die Plakate noch einmal richtig zu positionieren. Um 18.00 Uhr wusste ich nicht, wohin ich zuerst fahren sollte, nach Schönkirchen oder Mönkeberg? Die modernen Medien machten es möglich, dass man überall zur gleichen Zeit sein konnte.

Nun möchten Sie, liebe Leserinnen und Leser sicher auch das Ergebnis erfahren. Ja, ich habe es geschafft. Ich gewann mein Direktmandat und bin

gewählte Gemeindevertreterin der Gemeinde Mönkeberg, wurde von meinen Kollegen zur Fraktionsvorsitzenden, sowie in den Amtsausschuss des Amtes Schrevenborn und dort in den Hauptausschuss gewählt.

Sehr glücklich fühlte ich mich, als ich das Ergebnis der Kreistagswahl erfuhr. Ich hatte meinen Wahlkreis in Schönkirchen für den Kreistag direkt gewonnen! Mein hervorragender Listenplatz 3 im Kreis Plön hätte mir keinen Nutzen eingebracht, da die Liste für die CDU überhaupt nicht zum Tragen kam. Diese Erkenntnis verdoppelte meine persönliche Freude.

Nun bin ich einstimmig zur 2. stellvertretenden Kreispräsidentin gewählt worden und habe schon einige Male unseren Kreispräsidenten Herrn Peter Sönnichsen, MdL, vertreten. In den Ausschüssen für Gleichstellung, Gesundheit und Soziales, sowie Schule, Bildung und Kultur und im Frauenpolitischen Beirat setze ich mich für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger ein.

Schauen wir mal, wie es weiter geht. Uns allen wünsche ich viel Spaß und Freude an der Politik und vor allen Dingen Durchhaltevermögen in einem manchmal nicht einfachem Umfeld.

Kerstin Magnussen

(Stadtverordnete Husum)

Mein Schicksal seit der Kommunalwahl“

Seit der Kommunalwahl im Mai 2008 und dem erreichten Direktmandat hat sich für mich vieles verändert, was im Vorwege so kaum einzuschätzen war.

Gute Terminplanung und -koordination (Terminmappen füllen jetzt nicht nur meinen dienstliches Büro, sondern sind wesentlicher Bestandteil meines heimischen Schreibtisches), zielgerichtete Einarbeitung in Sachthemen, die uns in Husum bewegen und Spaß und Neugier am Ausbau meines Netzwerkes prägen meinen Alltag jenseits von Sitzungen und Terminen im Ehrenamt.

Hieraus schöpfe ich Impulse, Freude und Energie und wundere mich fast täglich, was frau alles miteinander koordinieren und verbinden kann, um sich in unserer Stadt mit eigenen Ideen und Visionen gesellschaftspolitisch einzubringen.

Auch ohne politisches Ehrenamt war der Alltag vor der Wahl gefüllt und abwechslungsreich, immer den Blick gerichtet auf neue Herausforderungen. Nun mit neuem Ehrenamt schlage ich eine Brücke zwischen Beruf, Hobby und ehrenamtlichen Aktivitäten und stelle fest - es tut (mir) und hoffentlich auch Husum gut! Dank guter Organisation und familiärer Unterstützung ist vieles möglich - Dinge zu verbinden, Synergien zu erreichen und Fachwissen zu erweitern und in der Fraktionsarbeit einzusetzen.

Als neu gewählte Stadtverordnete konnte ich sehr schnell feststellen, dass meine Jungfernrede zum Thema „überplanmäßige Ausgaben für die städtische Energieversorgung“ wohl nicht der letzte Wortbeitrag im Gremium bleiben würde - im Gegenteil - es macht richtig Spaß, sich an eine persönliche Redekultur heranzutasten! Hierbei wurden Erinnerungen an so manch eine Rhetorikschulung sehr schnell wach. Und ich stellte fest - selbst bei den „neuen“ männlichen Rednern war eine gewisse Aufregung bei ihren Wortbeiträgen zu vernehmen ... es zeigt sich: am Rednerpult sind alle gleich und gleichen Gefahren ausgesetzt!

Meinen Platz im Finanzausschuss hatte ich schnell sicher - als Mitarbeiterin der Kreisverwaltung und ehemals der Sparkassenorganisation liegt mir dieser Bereich sehr im Kopf und am Herzen. Nun beschäftigen uns Themen wie Haushalts- und Stellenplanberatung bei Haushaltskonsolidierung, Soziale Themen wie Ausbau und Finanzierung der Kinderbetreuung, der Neubau des Messe- und Kongresszentrums und letztendlich Anforderungen hinsichtlich Förderungsmöglichkeiten - komplex und interessant also. Für mich ist es die gute Möglichkeit, Fachwissen aus der täglichen Arbeit mit einbringen zu können und somit Beruf und Ehrenamt wertschöpfend zu verknüpfen.

Über den Tellerrand sollte frau stets schauen, fraktionsübergreifende Projekte und Aufgabenstellungen finde ich spannend. So engagiere ich mich mit weiteren Stadtverordneten „anderer politischer Couleur“ für das neue Mehrgenerationenhaus in unserer Stadt und freue mich auf die Gestaltung der Themenabende und Mittagsrunden mit „Special Guests“, um die Belange jüngerer und älterer Husumer Bürgerinnen und Bürger zusammenzubringen.

Eine Stadt wie Husum hat viele Jubilare und feierliche Anlässe - ob Goldene Hochzeiten, Geburtstagsjubiläen und zahlreiche Veranstaltungen wie der Weltkindertag. Grund genug, die Bürgervorsteherin mit ausreichend Vertreterinnen und Vertretern

zu stärken - eine von ihnen bin ich im Mai geworden. Hierdurch lerne ich viele Husumer Bürgerinnen und Bürger kennen und freue mich, wenn meine Redebeiträge und Urkundenübergaben im Namen von Stadt, Kreis und Land zu erfreuen und meist auch überraschten Gesichtern der Geehrten führen - auf diese Weise zeigt sich kommunales Ehrenamt ganz nah und von der herzlichen Seite - eine neue Erfahrung, die ich genieße und sehr schätze.

Die Mitarbeit als Kommunalpolitikerin in „Frauen der Fraktionen“ rundet mein Tätigkeitsfeld vor Ort neben der Mitarbeit im Ortsverband und in der Frauen Union ab - das Thema Gleichstellungsarbeit hat mich schon immer sehr interessiert und liegt wohl auch in meiner beruflichen Tätigkeit verankert. Als Personalleiterin bringt der Job enge Kontakte mit Gleichstellungsbeauftragten und frauenspezifischen Themen mit sich - ideal, um es auch im kommunalpolitischen Ehrenamt einzubringen. So konnte ich interessante Frauen aus verschiedenen Institutionen kennenlernen, die gleichgesinnt und gewillt sind, die Situation für Bürgerinnen in Husum zu verbessern, um an Themen wie Frauen- und Altersarmut, Wiedereinstieg und Qualifizierung mitzuarbeiten. Hier war aber auch schnell erkennbar, wie wichtig es ist, gute Kontakte und ein weites Netzwerk zu haben und zu pflegen - jede bringt sich ein und das ist Klasse!

Themen auf vielen Ebenen in Husum zu transportieren, sich ein umfassendes Bild zu machen und Meinungen und Informationen auszutauschen - das motiviert täglich aufs Neue.

Eines steht für mich fest - ich werde kommunalpolitisch weiter am Ball bleiben, um Themen für Husum aufzugreifen, zu transportieren und lebe nach dem Motto: das Leben ist bunt - wir haben noch viele Möglichkeiten, um es aktiv zugestalten - und diese Möglichkeit möchte ich auch weiterhin ergreifen. So bin ich mir auch sicher - in Husum wird's nicht langweilig. Weitere Erfahrungen werden auf mich warten, über die in einer der nächsten Ausgaben berichtet werden kann.

Marion Gaudlitz

(Mitglied des FU-Landesvorstandes)

Demografischer Wandel: Regionale Daseinsvorsorge – Notwendigkeit und Chance

Der demografische Wandel ist eine der größten Herausforderungen der Gegenwart: Wir werden immer weniger und wir werden älter. Die Einschätzungen der Folgen des demografischen Wandels werden kontrovers diskutiert. Wir wissen aber, dass sich unsere sozialen Sicherungssysteme schon in naher Zukunft gravierend ändern werden. Das Gesundheitswesen muss sich einer verstärkten Nachfrage nach Pflege oder Rehabilitation stellen. Der Wirtschaft wird es an qualifizierten Arbeitskräften mangeln.

Die Politik führt den demografischen Wandel an, wenn es um die Gründe für die Notwendigkeit von tief greifenden sozialpolitischen Reformen geht - von der Heraufsetzung des Rentenalters bis hin zur Verbesserung der Familienförderung.

Frauen kommt bei der Gestaltung des demografischen Wandels eine Schlüsselrolle zu. Wer aber glaubt, dass die Antwort auf niedrige Geburtenraten und leere Renten- und Pflegekassen darin liegt, dass Frauen jetzt mehr Kinder bekommen und noch mehr Alte pflegen sollen, der denkt zu kurz.

Fakt ist, dass die Potenziale von Frauen immer kostbarer werden, sind es doch nicht nur ihre beruflichen Kompetenzen sondern gerade auch ihre familiären und sozialen Netzwerke, die die Lebenswirklichkeiten bestimmen. So gilt es auch, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Frauen ermöglichen, ihre Potenziale auszuschöpfen.

Wie lässt sich unser Land zukunftsfähig gestalten? Darauf gibt es keine einfachen Antworten, denn die Aufgaben sind komplex und vielschichtig. Diskutiert wird im kommunalpolitischen Bereich vor allem über öffentliche Infrastruktureinrichtungen und deren Ausnutzung. Wie kann der Strukturwandel koordiniert und unterstützt werden? Wie können wir die kommunalen Handlungsfelder erhalten und umstrukturieren?

Unsere Kommunen erfüllen ein breites Aufgabenspektrum bei der Grundversorgung der Menschen. Noch weisen unsere ländlichen Räume aufgrund einer vorausschauenden Ausgleichspolitik eine gut

entwickelte Infrastruktur auf und bieten eine passable Grundversorgung.

Nicht nur die Kommunen, auch das Land und die Kreise sind gefordert, bei zurückgehenden Einwohnerzahlen gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen Schleswig-Holsteins sicherzustellen. Dies betrifft schon heute z.B. auf die flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetverbindungen, die Sicherstellung eines ausreichenden Bus- und Bahnangebots im ländlichen Raum und die Garantie für eine angemessene Gesundheitsversorgung zu.

Die Kreise Steinburg und Dithmarschen haben sich mit diesen Veränderungen in den Jahren 2006 und 2007 auseinandergesetzt und an dem Projekt Modellvorhaben der Raumordnung „Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge“ (MORO) teilgenommen. MORO-Inhalt war, eine regionale Daseinsvorsorgeplanung, deren Organisation und praktische Strategien zur Umsetzung zu entwickeln. So wurden Anpassungskonzepte für Einrichtungen, die besonders vom Bevölkerungsrückgang und der Veränderung der Altersstruktur betroffen sind: Ausgewählt wurden die Handlungsfelder „Bildung“ (Schulen), „Kindertagesbetreuung“, „Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)“ und „Pflege“.

Unter breiter Beteiligung von Verwaltung und Ehrenamt sind thematische Zielvorstellungen und Ideen zur Umsetzung in den vier Arbeitsgruppen entwickelt worden. Die daraus hervorgegangenen Zielvereinbarungen sind von den Kreistagen des Kreises Dithmarschen und des Kreises Steinburg beschlossen worden. Verwaltung und Politik haben sich damit Leitlinien gegeben, die innerhalb der Fachplanungen, aber auch im Rahmen der zukünftig auf Kreisebene angesiedelten Regionalplanung Berücksichtigung finden sollen. Auch im neuen Landesentwicklungsplan für das Land Schleswig-Holstein haben die Ergebnisse Eingang gefunden.

Diese Leitlinien müssen nun mit Leben gefüllt werden. Dafür wird es weitere Information und gezielte Öffentlichkeitsarbeit in den Kommunen geben müssen. Denn die mit dem demografischen Wandel verbundenen Herausforderungen werden wir nur gemeinsam und generationsübergreifend bewältigen können. Unsere Zukunftschancen liegen ganz wesentlich darin, auf die Fähigkeiten, Potenziale, Stärken und Erfahrungen aller zu setzen - gleich welchen Alters und welchen Geschlechts.

Ruth Schwarz

(Mitglied des FU-Landesvorstandes
und der „Kulturschmiede“)

„Kulturschmiede“

Zuständig in der FU für Kunst und Kultur, nehme ich seit über einem Jahr an den Sitzungen der Kulturschmiede teil. Wolfgang Börnsen, MdB, leitet den Arbeitskreis und bilanzierte anlässlich des letzten Parteitages die Arbeit auf einem Informationsblatt wie in den folgenden Auszügen:

.....Regelmäßig finden Arbeitstreffen der Mitglieder der Kulturschmiede mit Kulturengagierten aller Bereiche in Schleswig-Holstein statt. [...] Mit folgenden Institutionen, Verbänden und Organisationen wurden in den vergangenen Monaten Anhörungen durchgeführt:

- Sängerbund Schleswig-Holstein e.V.
- Landesmusikrat Schleswig-Holstein e.V.
- Schleswig-Holsteinischer Heimatbund e.V.
- Kulturpolitisches Zwischen-Bilanz-Gespräch mit Staatssekretär Heinz Maurus
- Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V.
- Gemeinschaft der Künstlerinnen u. Kunstförderer e. V. Schleswig-Holstein (GEDOK)
- Bundesverband Bildender Künstler Landesverband Schleswig-Holstein
- Schleswig-Holsteinisches Landestheater / Theater Kiel
- Kulturabteilung, Staatskanzlei Schleswig-Holstein

Die Kulturschmiede hat sich mit Nachdruck für die Aufnahme von Schleswig-Holsteinischen Projekten in das 40 Mio. **Sonder-Denkmalchutzprogramm des Bundes** eingesetzt. Für fünf Baudenkmäler in Schleswig-Holstein ist die Zukunft jetzt gesichert! Insgesamt 665.000 Euro gibt der Bund im Rahmen des neuen Denkmalschutz-Sonderprogramms für Projekte in Schleswig-Holstein aus. Das hat jetzt der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages auf Vorschlag der Kultur bewilligt. Ob die Wollspinnerei in Bad Segeberg, der "Wasserturm Dynamit Werk" in Geesthacht, die Engelsgrube und die Jacobipastorhäuser in Lübeck oder die Gedenkstätte Ahrensböök in Ostholstein: alle profitieren von dem von Kulturstaatsminister Bernd Neumann auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im

letzten Jahr auferlegten Sonder-Programms. Das Programm, das die Erhaltung der vielfältigen Kulturlandschaften in Deutschland zum Ziel hat und mit insgesamt 40 Mio. Euro ausgestattet ist, leistet damit einen wesentlichen Beitrag für dringende Substanzsicherungs- und Restaurierungsarbeiten an Baudenkmalern in Schleswig-Holstein - und das zusätzlich zum regulären Denkmalschutzfonds. Wolfgang Börnsen bedauerte, dass der Landesteil Schleswig bei der Mittelvergabe unzureichend Berücksichtigung fand.

Anlässlich des 10. Jahrestages der Beschlussfassung zur Europäischen Sprachencharta für Regional- und Minderheitensprachen hat die Kulturschmiede an den Landtag wie die Kreis-, Stadt- und Gemeindeparlamente appelliert, möglichst mindestens einmal im Jahr auch in der zweiten Hauptsprache des Landes "Plattdeutsch" zu diskutieren und neue Initiativen für die Förderung des Niederdeutschen zu entwickeln.

Ausgehend von einem Gespräch mit Repräsentanten des **Büchereiwesens** in Schleswig-Holstein regt die Kulturschmiede an, auf allen politischen Ebenen das Thema "Büchereien" zu einem Schwerpunktthema der Kulturpolitik im kommenden Jahr zu gestalten. Die öffentlichen Bibliotheken in Schleswig-Holstein sind die freiwillig am stärksten genutzten Kultur- und Bildungseinrichtungen. Sie verzeichnen jährlich rd. 5,6 Mio. Besuche. Es gibt in Schleswig-Holstein 174 öffentliche Bibliotheken. Der Verlust von 2 Fahrbüchereien hatte große Auswirkungen (2006 gab es noch 13 hauptamtlich geleitete Fahrbüchereien). Rd. 300.000 Einwohner verfügen nicht über eine ortsnahe Bibliothek. Allein in 2007 wurden rd. 400.000 aktive Benutzer registriert, die 16,3 Mio. Medien entliehen haben. Das Angebot der öffentlichen Bibliotheken umfasst rd. 5 Mio. Medien. Im Vergleich zum vergangenen Jahr fand eine Lesersteigerung von 5 Prozent statt.

Mehrfach wurde in der "Kulturschmiede" über die Resultate der Enquete-Kommission debattiert. Hier erste Anregungen: Sieben Anmerkungen für Schleswig-Holstein aus dem Enquete-Schlussbericht "Kultur in Deutschland"

1. Kultur- und Kreativwirtschaft: Die Enquete-Kommission empfiehlt (auch) den Landesregierungen die Einsetzung eines kulturwirtschaftlichen Koordinators nach dem Vorbild des maritimen Koordinators, um die Zuständigkeiten des Kultur- und des Wirtschaftsressorts zu bündeln. Bei der **Förderung der Kulturwirtschaft:** Aufmerksamkeit insbesondere auf Klein- und Kleinstunternehmen richten. **Kultur als Standortfaktor:** wissenschaftliche

Forschung dazu intensivieren. Stärkere Kooperation der Kultur- und der Tourismusbranche.

2. Kulturelle Bildung muss Kernaufgabe aller Kultureinrichtungen werden. Die Enquete-Kommission empfiehlt deshalb, öffentlich geförderte Kultureinrichtungen per Bewilligungsbestimmungen zu verpflichten, einen angemessenen Teil des Angebots für Kinder und Jugendliche zur Verfügung zu stellen. Die Zusammenarbeit von Kultureinrichtungen mit Schulen und Kindertageseinrichtungen soll verstärkt werden. **Bibliotheksgesetze der Länder:** Die Enquete-Kommission empfiehlt die rechtliche Normierung von öffentlichen Bibliotheken in Bibliotheksgesetzen der Länder.

3. Stärkung der Breiten- und Laienkultur und der Kultur im ländlichen Raum: Durch die Arbeit der Enquete-Kommission haben die Themen Laienkultur und Brauchtum sowie Kultur im ländlichen Raum eine neue Wertschätzung erfahren. Eine sehr wichtige Handlungsempfehlung fordert, öffentliche Mittel für die Breitenkultur und kulturelle Vielfalt genauso einzusetzen wie für die kulturelle Spitzenförderung. Die Rahmenbedingungen für Laienkultur und Brauchtum sollen verbessert werden.

4. Der Beitrag der Kultur zur Integration: Die Kultur ist für die Integrationspolitik Herausforderung und Chance zugleich. Die kulturellen Dimensionen von Migration und deren Konsequenzen müssen berücksichtigt werden. Voraussetzung für den Dialog der Kulturen ist eine selbstbewusste Standortbestimmung der eigenen Kultur. Kulturelle Identitätsstiftung und interkultureller Dialog bedingen einander. Essenziell für interkulturellen Austausch ist die Beherrschung der deutschen Sprache.

5. Deutsche Sprache: Die Enquetekommission empfiehlt, die Bedeutung der deutschen Sprache im öffentlichen Bewusstsein zu heben und Initiativen zur Förderung der deutschen Sprache, vor allem im Bereich Erziehung und Ausbildung Heranwachsender, aber auch der Integration von Migranten, stärker zu fördern.

6. Theater / Kulturochester: Die Enquetekommission empfiehlt die Lockerung des Haushaltsrechts: Aufhebung der Grundsätze der Kameralistik und des Jährlichkeitsprinzips. Schaffung einer mittelfristigen Finanz- und Planungssicherheit. Abschluss eines auf mehrere Jahre gerichteten Zuwendungsvertrages.

7. Kulturauftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten: Die Enquetekommission empfiehlt eine Präzisierung des Kulturauftrags der öffentlich

- rechtlichen Rundfunkanstalten in den Rundfunkstaatsverträgen. Kultur gehört nicht in das Nachtprogramm, sondern sollte auch in den Nachrichtensendungen Platz finden!“

*

Weitere Gespräche sind vorgesehen betreffend die Filmförderung, kleine und Amateurbühnen, die private Kammermusik. Geplant sind ein FÖRDEFORUM zum Thema Kultur sowie ein Besuch in der Filmwerkstatt. Die Arbeit ist vielseitig, informativ, regt an zum Besuch der unterschiedlichsten kulturellen Ereignisse. Man bekommt Einblick in das kulturelle Leben Schleswig-Holsteins. Die Sitzungen sind dank der interessanten Gäste und der unterhaltsamen Leitung durch Wolfgang Börnsen abwechslungsreich und lebendig.

**Redaktionsschluss
1/2009
15. Februar 2009**

Sighild Klamt

(FU-Kreisvorsitzende Neumünster)

Der lange Kampf der Frauen um die Gleichberechtigung

Die Geburtsurkunde des Frauenwahlrechts in Deutschland am 12. 11. 1918 ist der Aufruf an das Deutsche Volk vom Rat der Volksbeauftragten.

Es gilt, die totgeschwiegenen und der breiten Öffentlichkeit unbekanntesten Leistungen von ausgewiesenen Frauen dem Vergessen zu entreißen und sie als Vorbilder der heutigen Frauengeneration vor Augen zu halten, um sie zu ermutigen, sich dem Studium zuzuwenden und tatkräftig sich am öffentlichen Leben zu beteiligen. Es war ein steiniger Weg zur Gleichberechtigung und schließlich auch zum Wahlrecht und mit vielen Kämpfen verbunden, der von diesen Frauen oft große Opfer verlangte. Einige bezahlten ihren Einsatz sogar mit dem Leben. So blickt die Frauenbewegung auf ihrem langen Weg durch die Geschichte auch auf Märtyrerinnen. Wir Frauen sollten dies als ver-

pflichtendes Erbe betrachten und mit Mut und Tatkraft in der Öffentlichkeit mitwirken. So stellt sich die Geschichte trotz der Schwierigkeit der Quellenlage dar, denn die Berichte sind meist von Männern geschrieben.

Die Geschichte der Frauenbewegung um die Gleichberechtigung der Frau begann gleich mit einem Paukenschlag. Auf dem Höhepunkt des kulturellen und politischen Bedeutung Athens mit Aspasia. Die Hochgebildete Aspasia kam Mitte des 4. vorchristlichen Jahrhunderts aus der Fremde nach Athen. Sie ist ein Paradebeispiel, dass Frauen durch Bildung und Einsatz in der Öffentlichkeit trotz schwierigster Startchancen und stärkster Vorbehalte der damaligen Gesellschaft gegenüber Frauen, sich im Leben durchzusetzen, den Einstieg in die bürgerliche Gesellschaft zu schaffen und höchsten politischen Einfluss zu gewinnen. Möglicherweise lernte Aspasia Perikles, den führenden Politiker Athens und Schöpfer der politischen und kulturellen Weltgeltung Athens, bei einer ihrer von Gebildeten gut besuchten Rhetorikvorlesungen kennen (Rhetorik, Redekunst bereitet auf Studium und Spitzenämter im Staat vor). Perikles heiratete Aspasia und sie wurde seine engste und zuverlässigste Beraterin und Mitarbeiterin in allen politischen Fragen. So hat Aspasia eine Frau von Anfang an bei Ausprägung der attischen Demokratie, dem Höhepunkt der griechischen Geschichte aktiv mitgewirkt. Jedoch Neider und politische Feinde ihres Mannes verfolgten sie mit Häme, Spott und Rufmord ihr Leben lang und sogar mit Anklagen vor Gericht, um durch ihren bürgerlichen Tod Perikles politische Karriere zu zerstören. Doch von der geistig führenden Szene in Athen und den Sokratikern wurde sie so geschätzt, dass Platon in seinem Dialog: „Menexenos“ ihr ein Denkmal setzte, in dem er eine ihrer Reden in voller Länge überlieferte. Auch der berühmte Rhetor Aischenes führte sie in einem seiner Bücher als Hauptrednerin ebenso wie Antisthenes. Später zitierten Sie auch römische Schriftsteller u.a. Cicero. Sie bietet schon damals das Bild einer modernen Frau gebildet, aufgeschlossen, tatkräftig.

Ein schreckliches Schicksal erlitt Hypatia - Mathematikprofessorin und Philosophin an der Universität Alexandria, der berühmtesten Universität ihrer Zeit im Jahre 451 nach Christus. Ein zeitgenössischer Geschichtsschreiber beschreibt den Mord, eine aufgehetzte Menge schleppte Hypatia in eine Kirche riss sie in Stücke und verbrannte sie. Hypatias Ermordung war das erste Blutopfer der Frauen-

feindschaft, das sich später im Mittelalter in der Hexenverfolgung zu einem Blutrausch steigerte.

Auch Olympe de Gouges endete tragisch. Nachdem die Französische Nationalversammlung 1791 ihre neue Verfassung verabschiedet hatte, veröffentlichte Olympe de Gouges die Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin. Dieser Text ist ein klassisches Dokument der Frauenbewegung. Wegen ihrer politisch radikalen Pamphlete und ihrer Kritik an den Morden durch die Jakobiner Robespierre und Marat starb sie 1793 wie die Königin Marie Antoinette durch die Guillotine.

Die Biografie der Louise Otto-Peters dürfte für Neumünster interessant sein, da sich der Verband der Staatsbürgerinnen auf Wirken und Gedanken von Louise Otto-Peters zurück führt, dessen Landesverband Schleswig-Holstein in Neumünster in monatlichen Veranstaltungen im Weberhaus in ihrem Sinne politische und Staatsbürgerliche Bildung anbietet und lebhaft über kulturelle, soziale und politische Probleme diskutiert.

Louise Otto-Peters ist die Mutter der modernen Frauenbewegung, 1819 in einem liberalen Elternhaus geboren kämpfte sie schon mit 19 Jahren mit Gedichten für Einheit, Freiheit und Demokratie gegen Fürstenwillkür. Als Schriftstellerin und kämpferische Journalistin, nach dem Tode ihres Mannes, der nach sechs Jahren Zuchthaus wegen revolutionärer Umtriebe im Jahre 1848 wenige Jahre nach seiner Entlassung starb, rief sie 1865 die erste Frauenkonferenz ein zur Bündelung der Kräfte aller fortschrittlichen Frauen in Deutschland und gründete den Allgemeinen Deutschen Frauenverein mit dem Vereinblatt „Neue Bahnen“. Sie hat mit ihrem Programm für Bildung und Staatsbürgerlichen Rechte, das das Wahlrecht beinhaltet, auch für praktische Berufe für alle Frauen der Frauenbewegung bis 1933 den Weg vorgezeichnet.

Anmerkung der Redaktion (KW)

Bücher zum Thema:

Anna Dünnebier/Ursula Scheu, **Die Rebellion ist eine Frau, Anita Augspurg und Lida G Heymann**, Sybille Peine, **Ohne Furcht ins Weite hinaus** - Biographien streitbarer Frauen, (u.a. die der von Sigihilt Klamt erwähnte Olympe de Gouges)

Kerstin Merkel/Heide Wunder, **Ungewöhnliche Frauen** – Deutsche Dichterinnen, Malerinnen, Mäzeninnen aus vier Jahrhunderten (u.a. Anna Ovena Hoyers 1584-1655 aus Koldenbüttel)

Ein spannender **Film** über den Kampf um das Frauenwahlrecht in den USA **als DVD erhältlich:**

„Alice Paul – Der Weg ins Licht: Geht voran, folgt uns – oder geht uns aus dem Weg“.

Karin Wiedemann Rede zur Einbürgerung

Der Kreis Pinneberg gestaltet die Einbürgerung neuer Bürger aus aller Herren und Frauen Länder feierlich im Kreistagsaal unter den Fahnen Europas, Deutschlands und Schleswig-Holsteins und mit der zum Schluss gesungenen Nationalhymne – eine sehr eindrucksvoll Zeremonie, die die Neubürger stärkt berührt hat. Ich war gebeten worden, die Festrede zu halten, eine Gelegenheit, die ich gerne wahrgenommen habe.

Hier die gekürzte Fassung dieser Rede:

Wir erleben heute eine Einbürgerungszeremonie“ – was bedeutet das? - für Sie, die Sie nun „eingebürgert“ werden? - für diejenigen unter uns, die schon Bürger sind?

Am leichtesten zu erklären ist das Wort „**Zeremonie**“ – aus dem Lateinischen stammend bedeutet es eine feierliche Handlung. Der Kreis Pinneberg hat sich entschieden, seine neuen Bürger in diesem herausgehobenen feierlichen Rahmen zu Bürgern der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Schleswig-Holstein zu machen. Und in der Tat, es ist etwas Besonderes!

Betrachten wir das Wort „**Bürger**“. Bürger zu sein, heißt einerseits Schutz zu finden, andererseits die Verpflichtung, die Burg, die Stadt, das Land, die diesen Schutz gewährten, zu verteidigen. Und das bedeutet es in übertragenem Sinne heute noch. Wer Bürger eines Staates ist, hat besondere Rechte und besondere Pflichten, wie Steuerpflicht, Wehrpflicht, die Pflicht, Recht und Gesetz des Landes zu befolgen, die Verfassung zu achten und sie zu verteidigen. Zu den Rechten der Staatsbürgerin/des Staatsbürgers, gehört das Wahlrecht, mitwirken zu dürfen an der Willensbildung zur Frage: Wie wollen wir unseren Staat gestalten?

Und nun das dritte Wort „**Einbürgerung**“. Sie alle haben unterschiedliche Wurzeln. Jedes Ihrer Herkunftsländer hat seine Traditionen, seine Wertvorstellungen, seine Lebensweise, seine Geschichte und seine Kultur. Zusammen zeigen sie den kulturellen Reichtum unserer Welt ebenso wie das Elend, das viele dieser Länder quält.

Gut oder schlecht - in diesen Kulturen, meine Damen und Herren, liegen Ihre Wurzeln. Sie werden sie immer bewahren. Aber wie eine Pflanze sich an das neue Erdreich gewöhnen muss in das man sie verpflanzt, so haben Sie sich in den Jahren Ihres Aufenthaltes an das neue Land gewöhnt, an dem Ihnen Vieles fremd war und vielleicht noch ist.

Es lebt sich recht ungestört in Deutschland. Der allgemeine Wohlstand ist hoch verglichen mit anderen Staaten der Erde, Demokratie wird gelebt. Die Wahlen sind frei. Jeder der will, kann am Bildungssystem teilhaben. Jeder kann sagen, was er will, ohne Repressalien ausgesetzt zu sein. Kunst und Medien sind frei. Jeder kann seine Religion ausüben. Dies und viele andere Umstände machen Deutschland zu einem angenehmen Land. Viele nehmen das alles als selbstverständlich hin. Sie, die Bürger dieses Landes werden wollen, wissen es zu schätzen.

Und doch ist Deutschland kein einfaches Land für seine Bürger. Wenn der Text unserer Nationalhymne, die wir nachher singen werden, beginnt „Einigkeit und Recht und Freiheit“ so gehen diese Wünsche zurück auf die Bürgerliche Revolution von 1848. Erstmals forderten Deutsche Patrioten, aus der Zersplitterung des Reiches in hunderte kleiner Fürstentümer ein einiges Vaterland zu machen, gleiches Recht für alle, Freiheit des Geistes, Meinungsfreiheit, Kunstfreiheit, Gewerbefreiheit. Es dauerte noch lange, ehe mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland diese Forderungen erfüllt wurden und noch länger bis sie auch gelebt werden konnten.

Unser Land und seine Bürger haben Vieles überstanden, die Kriege des 19. Jahrhunderts, den ersten Weltkrieg von 1914-1918, die Weimarer Republik, deren Verfassung modern und zutiefst demokratisch gedacht war, den Auseinandersetzungen zwischen den politischen Kräften von Rechts und Links aber nicht standhielt. Teil der deutschen Geschichte ist auch die Machtergreifung durch den Nationalsozialismus im Januar 1933. Die Gräueltaten der geheimen Staatspolizei mit ihren Folterkellern und die Tötung von 6 Mio. europäischer Juden in den Konzentrationslagern zwischen Frankreich und Polen waren die Folge.

Was kann man daraus lernen für die Zukunft? Wie können wir in einem Land Strukturen schaffen, die staatliche Unterdrückung, Folter und Mord unmöglich machen, die Willkür ausschließen und Andersdenkenden Freiheit lassen. „Freiheit“, so sagte Rosa Luxemburg, „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden.“

Der Nationalsozialismus hat Deutschland und die Welt in den Zweiten Weltkrieg von 1939 bis 1945 getrieben. Unser Land hat bitter bezahlt mit Tod und Vergewaltigung, Hungerwintern, mit millionenfacher Vertreibung und Flucht, mit der Zerstörung der Städte. Hamburg, Köln, Dresden, Berlin wurden nahezu komplett verwüstet. Die westlichen Alliierten (USA, Großbritannien und Frankreich) und die Sowjetunion teilten das Land unter sich auf, sogar die Hauptstadt Berlin. Deutschland war geteilt wie Korea, wie Vietnam, wie Zypern. Die Hauptstädte hießen nun Ostberlin und Bonn. Der staatliche und wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands wurde vom Untergang der gewachsenen bürgerlichen Gesellschaft begleitet. Nichts war mehr wie zuvor.

Dem westlichen Teil gelang es mit der Starthilfe des ehemaligen Kriegsgegners USA und kluger liberaler Wirtschaftspolitik der Regierungen Adenauer und Erhardt schnell wieder auf die Füße zu kommen. Der Osten, die DDR, schaffte es unter sowjetischer Herrschaft, Diktatur und sozialistischer Planwirtschaft nicht in gleichem Maße. Stets herrschte Mangel an Gütern, die Bespitzelung und politische Justiz des NS-Regimes setzten sich unter der SED fort. Die Folterkeller blieben – die Gefangenen wechselten. Viele Menschen haben das nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1989/90 vergessen. Es ist Zeit daran zu erinnern.

Es hat rund 40 Jahre - zwei Generationen - gedauert bis 1989 die Mauer in Berlin und die Grenzanlagen mit Minen und Selbstschussanlagen fielen. Und die Teilung zeigt immer noch ihre Spuren: Die Menschen in Ost und West haben sich immer noch nicht an einander gewöhnt. Sie haben die gleichen Wurzeln, wuchsen aber in unterschiedlichen Gärten.

Mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik wurde in Deutschland nach dem Debakel des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs der demokratische Rechtsstaat endlich Realität. Er ist schwer erungen. Er wird gelebt. Seine Werte sind unverzichtbar für alle, die Bürger dieses Landes sind und für alle, die hier leben.

Es geht um eine Fülle von Eckpunkten des Zusammenlebens wobei die gewährten Grundrechte miteinander im Zusammenhang stehen – keines darf so ausgeübt werden, dass es die Rechte Anderer verletzt:

Die Würde des Menschen, über die das Grundgesetz sagt, sie sei unantastbar, und die freie Entfal-

tung der Persönlichkeit mit freier Wahl des Aufenthaltsortes, des Berufes, der Lebensführung.

Gleichberechtigung von Männern und Frauen, im Privaten, im Beruf, in der Politik. Dass Frauen und Männer die gleichen Rechte haben, ist heute selbstverständlich. Jeder kann sein Leben selbst ohne Zwang frei gestalten. Traditionen, nach denen Mädchen oder Frauen Besitz eines Mannes sind und die Ehre der Familie beschmutzen, wenn sie ihren eigenen Weg gehen, haben in diesem Land nichts zu suchen. Sogenannte „Ehrenmorde“ haben mit „Ehre“ nichts zu tun. Sie sind Verbrechen, die streng bestraft werden.

Meinungsfreiheit - frei zu äußern, was man von anderen hält, was man von den Herrschenden hält, Kritik zu üben, zu kritisieren und zu streiten - mit Worten.

Religionsfreiheit - sich seine Religion selbst zu wählen und zu akzeptieren, dass auch Andere dies tun. Die Genehmigungen zum Bau vieler neuer Moscheen und Synagogen sind Ausdruck dieser Toleranz und auch Ausdruck des Vertrauens, dass es dort um den Glauben an Gott geht und nicht um Politik. Das nämlich hätte nichts mehr mit Religionsfreiheit zu tun.

Kunstfreiheit - auch mit Bildern und Worten Kritik zu üben, die eigenen Gedanken auszudrücken, ohne Angst vor Bestrafung, Verfolgung oder Mord.

Die **Rechtsstaatsgarantie**, d.h. die Gewährleistung rechtsstaatlicher Verfahren vor unabhängigen Richtern.

Das **Gewaltmonopol des Staates**. Einwohnern und Bürgern ist es verboten, ihre Interessen selbst mit Gewalt zu verfolgen oder gar Rache zu nehmen für vermeintliches oder tatsächliches Unrecht. Gewalt zu üben ist allein dem Staat vorbehalten, der sie durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte ausübt und dabei die Grundrechte der Bürger beachtet.

Meine Damen und Herren,

diese Werte und Freiheiten sind uns nicht zugefallen, wir haben sie über Jahrhunderte erkämpft. Auch deshalb sind sie uns wertvoll und wert, engagiert verteidigt zu werden. Sie halten unsere Gesellschaft, unseren Staat zusammen. Sie sind unser Dach. Unter dieses Dach schlüpfen Sie, meine Damen und Herren mit der Einbürgerung. Sie erwerben diese Rechte und Pflichten.

Sie werden durch diesen Akt auch Bürger der Europäischen Union.

Meine Damen und Herren, Staatsbürger in einem demokratischen Rechtsstaat zu sein, ist eine besondere Chance und Verpflichtung auch zur Mitwirkung an seiner Gestaltung. Es gilt, dafür einzutreten, dass auch Kinder und Enkelkinder in einem freien, demokratischen Land leben können. Freiheit und Demokratie, Menschen- und Bürgerrechte müssen immer wieder gepflegt und verteidigt werden. Das gilt für uns alle, für jeden und jede in ihrem und seinem Bereich. Mit dem Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft heute dürfen und sollen Sie mitwirken. Engagieren Sie sich. Lassen Sie sich in Elternbeiräte an Schulen und Kindergärten wählen, treten Sie den demokratischen Parteien bei, werden Sie Kommunalpolitikerinnen und -politiker. Werden Sie z.B. Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr. Tatkräftige Leute werden immer gebraucht. Sie werden sehen: Sie lernen ihre Stadt, ihr Gemeinde dann gleich viel besser kennen. Sie haben als Bürger dieses Landes viele Chancen, Ihr Leben zu gestalten. Demokratie, Freiheit und Verantwortung - so wollen wir unsere Gesellschaft. Seien Sie in dieser Gesellschaft herzlich willkommen!

Ruth Schwarz

(Mitglied des FU-Landesvorstandes)

Würde, Achtung und Selbstbestimmung am Lebensende - Roger Kusch in Ostholstein -

Unter diesem Thema lud der Evangelische Arbeitskreis (EAK) Ostholstein zu einer Diskussionsveranstaltung am 17. 7. 08 in die Seniorenresidenz Wilhelmshöhe nach Eutin ein. Teilnehmer der Diskussion waren Dr. Freudenthaler, Chefarzt des Elisabeth-Krankenhauses Eutin, Propst Dr. Kramer (Kirchenkreis Oldenburg), Dr. Roger Kusch, ehem. Justizsenator der Freien und Hansestadt Hamburg, und Henning Meinecke, Student der Betriebswirtschaftslehre im Gesundheitswesen. Christian W. Mann als Pressesprecher der EAK /OH moderierte die Diskussion.

Die Veranstaltung stieß über die Kreisgrenze hinaus auf großes Interesse. Mit ausgelöst haben das sicher die Berichte der Medien zum jüngsten Sterbehilfe-Fall bei einer Frau in Würzburg durch den Verein „Sterbehilfe e. V.“, vertreten durch Dr. Roger Kusch, der dadurch in die Schlagzeilen geriet. Die Diskussion um die Sterbehilfe wurde damit neu entfacht.

Dr. Kusch stellte fest, dass in der Gesellschaft ein großes Bedürfnis vorhanden sei nach Selbstbestimmung, das eigene Leben im freien Willen zu beenden, wenn unheilbare Krankheit, Einsamkeit, die Aussicht auf würdeloses Sterben in Pflegeheimen, Krankenhäusern oder zu Hause Anlass dazu gäben (z.B. infolge Personal- und Zeitmangels). Dann wenigstens wollten die Betroffenen entscheiden, wann und wie sie ihr Leben beenden. In diesem Fall, so Roger Kusch, müssten die Menschen aus Deutschland sich ins Ausland begeben (Schweiz, Holland), weil aktive Sterbehilfe in Deutschland verboten ist.

Dass die Menschen in Deutschland, zumeist sind es ältere oder sehr alte, in dieser Situation alleingelassen werden, empfinde er als inhuman. Deshalb berät er mit dem 2007 gegründeten Verein „Sterbehilfe e.V.“ die Menschen juristisch darüber, was in Deutschland strafbar und was straffrei ist. Diese notwendige Aufklärungsarbeit leistete er auch im Hinblick darauf, dass er sich wie alle anderen Diskussions- Teilnehmer dem christlichen Menschenbild verbunden fühle.

Vielen Teilnehmern der Veranstaltung reichten die Äußerungen Dr. Kuschs als ethische Legitimation für sein Tun nicht. Für den Mediziner Dr. Freudenthaler und Propst Dr. Kramer blieben die Auskünfte unbefriedigend und vage. Sie lehnen aktive Sterbehilfe aus ethischen Gründen ab. Die Ärzte, dem Eid des Hippokrates verpflichtet, gerieten nicht selten in Gewissenskonflikt bei Hilfe zum Sterben oder dem Patientenwunsch nach passiver Sterbehilfe. Den Spagat zwischen dem heute medizinisch Machbaren und dem Wunsch des Patienten hielten sie schwer aus. Beide, Dr. Freudenthaler und Dr. Kramer, überzeugten mit Beispielen humaner christlicher Sterbebegleitung, wie sie sie praktizieren: schmerzlindernd, seelsorgerlich tröstend, Zuwendung gebend dann, wenn wir auch hier den Menschen vom Anfang bis zum Ende achten., Betreuung der Angehörigen mit einschließend. Sie erwähnten die wertvolle Arbeit der Palliativstationen und der Hospizbewegungen. Sie warnten vor aktiver Sterbehilfe bei Suizidgefährdeten und depressiven Menschen. Auch wenn sie aus dem Leben scheiden wollten, seien doch viele therapeutisch „ins Leben zurück“ geholt worden und hätten Lebensfreude zurückgewonnen. Aktive Sterbehilfe wäre in diesem Fall vorzeitig gewesen.

Jeder von uns wünscht sich ein möglichst schmerzfreies, würdevolles Ende in Frieden und Geborgenheit. Dass das nicht selbstverständlich ist, eher das Gegenteil, belegen Berichte der Medien. Unter-

mauern konnte dies auch der Student der Betriebswirtschaftslehre mit Zahlen. In seinen wissenschaftlichen Erhebungen stellte Herr Meinecke fest, dass in einem Jahrgang der jüngsten Vergangenheit in Schleswig-Holstein von 29000 Verstorbenen nur 4000 begleitet gestorben waren, 25000 waren also an ihrem Ende allein (die gerundeten Zahlen verfälschen die Sachlage nicht).

Mögen auch die Palliativmedizin und Hospizarbeit in Ostholstein gut ausgebaut sein, auf das Land und das gesamte Bundesgebiet gesehen sieht die fürsorgliche Sterbebegleitung sicher nicht so gut aus. Hier müssen wir politisch ansetzen, nicht mit Geld allein, der Appell geht an jeden Einzelnen von uns: Verantwortung, Zuwendung, Aufgeschlossenheit für den Mitmenschen, Nächstenliebe, das ist die zentrale Forderung. Politik und Kirche kann jeder von uns dabei unterstützen. Menschenrechte können wir andernorts leicht und schnell einklagen. Glaubwürdig sind wir aber nur dann, wenn wir auch hier den Menschen vom Anfang bis zum Ende achten.

